

Beschluss des Landrats vom 17.10.2024

Nr. 751

2. Zur Traktandenliste 2024

2023/654; Protokoll: ak, fo

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) erklärt, die Geschäftsleitung beantrage die verbundene Beratung der Traktanden 44 und 45. Ausserdem wird Traktandum 11 wegen der Verfügbarkeit des Kantonsgerichtspräsidenten auf jeden Fall erst am Nachmittag, gleich nach der Fragestunde, beraten.

://: Die Traktandenliste ist beschlossen.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Motion 2024/619 von Markus Brunner «Aufschub Sanierung Tramlinie 14»*

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat lehne die Dringlichkeit ab.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, die Landratsvorlage 2024/513 «Tramlinie 14: Ausgabenbewilligung für die Instandsetzung und Ertüchtigung der Bahninfrastruktur für die Jahre 2025 bis 2028» sei am 27. August 2024 vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen worden. Die Ausgabenbewilligung bezieht sich auch auf den nun zur Diskussion stehenden Abschnitt ab Muttenz Dorf. Am 19. September 2024 hat eine erste Lesung der Vorlage in der Bau- und Planungskommission (BPK) stattgefunden. Die zweite Lesung findet am 24. Oktober 2024 statt. Das führt zum folgenden Schluss: Die offenen Fragen können und müssen im Rahmen der Behandlung dieser Vorlage durch die BPK geklärt werden. Das betrifft auch das in der vorliegenden Motion enthaltene Anliegen. Es bestehen einige Fragen, die sorgfältig geprüft und am richtigen Ort behandelt werden müssen.

Es haben zwischen der Bau- und Umweltschutzdirektion, der BLT, die für die Infrastruktur zuständig ist, und der BVB, die für den Busersatz des Trams verantwortlich ist, Gespräche stattgefunden. Dabei wurden auch diverse Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert. Darüber wird am 24. Oktober in der BPK informiert. Zu diesem Zeitpunkt kann auch über das geplante Vorgehen und die Machbarkeit einer allfälligen Verschiebung sowie die zweifellos vorhandenen Vor- und Nachteile einer solchen Verschiebung diskutiert werden.

Weiter gilt es zu beachten, dass entlang der Tramlinie sowohl im Kanton Basel-Landschaft als auch auf Stadtgebiet Arbeiten vorgenommen werden. Im hypothetischen Fall, dass der Kanton Basel-Stadt die eigenen Arbeiten nicht verschieben kann oder will, könnte es im schlimmsten Fall zu zwei Sperrungen kommen. Das kann in niemandes Interesse sein. Eine konstruktive Diskussion mit allen Beteiligten in der Kommission ist der richtige Weg – und nicht ein Querschuss per Motion. Weil die Behandlung dieser Landratsvorlage in der Hand des Parlaments liegt, gibt es aus Sicht des Redners keinen sachlichen Grund für die Motion Brunner an sich – und auch nicht für die dringliche Behandlung. Der Landrat wird dazu eingeladen, im Rahmen der Behandlung der Landratsvorlage die richtigen Entscheidungen zu treffen. Der Landrat hat es vollständig in der eigenen Hand, wie entschieden wird. Das sollte aber in Kenntnis aller Umstände sowie der Vor- und Nachteile geschehen. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat die Ablehnung der Dringlichkeit. Zudem würde auch das Anliegen der Motion selber abgelehnt, insbesondere, wenn dieses in Form einer Motion vorgebracht würde. Schlimmstenfalls könnte die Erfüllung des Anliegens nämlich zu zwei Sperrungen führen – was wirklich niemand will.

Markus Brunner (SVP) sagt, er nehme es wohlwollend zur Kenntnis, dass in der BPK nun doch noch darüber diskutiert werden könne. Das Postulat Roman Brunner wurde ebenfalls diskutiert – und bewusst stengelassen – denn die entsprechenden Fragen wurden ungenügend oder unbefriedigend beantwortet. Der Redner hat die Dringlichkeit der Motion beantragt, weil der Vorlage entnommen werden konnte, dass die Vorbereitungsarbeiten im Frühjahr 2025 aufgenommen werden. Aufgrund der anstehenden Grossanlässe wurden die die Arbeiten nun aber verschoben – in diesem Kontext war eine Verschiebung also plötzlich möglich. Nun hat Regierungspräsident Reber bereits mit weiteren Unterbrüchen gedroht. Diese Arbeiten sollen nun drei Jahre hintereinander durchgeführt werden. Der Redner ist der Meinung, dass schlecht geplant wurde. Es hätte im Vorhinein mehr miteinander gesprochen werden müssen. Wenn nun in den sauren Apfel gebissen wird, muss zumindest sichergestellt werden, dass zusätzliche Renovationen – Stichwort Karl Barth-Platz – nicht erneute Unterbrüche zur Folge haben. Die Dringlichkeit der Motion ist gegeben. Auf den Inhalt kann dann am Nachmittag im Detail eingegangen werden. Der Redner wäre aber froh, wenn vorerst mal der Dringlichkeit zugestimmt wird.

Andreas Dürr (FDP) betont, es möge sein, dass das vorliegende Geschäft eine gewisse Dringlichkeit aufweise. Es ist allerdings ungeschickt, wenn aktuelle Kommissionsgeschäfte mit Dringlichkeit in den Landrat gebracht werden sollen. Die Kommission soll über das Geschäft beraten – und das wird bereits nächsten Donnerstag der Fall sein. Entsprechend können die Anliegen im Rahmen der ordentlichen Kommissionsberatung eingebracht werden. Der Rat würde sich zu Tode beschäftigen, wenn das Vorgehen, aktuelle Kommissionsgeschäfte mit einem Dringlichkeitsvorstoss in den Rat zu bringen, Schule machen würde. Der Redner anerkennt den Kampf für das Gewerbe, den der Urheber der Motion führt. Die Wähler werden das auch wohlwollend zur Kenntnis genommen haben. Für den Ratsbetrieb ist es aber wichtig, dass aktuelle Kommissionsgeschäfte nicht mit Dringlichkeitsvorstössen in den Rat gebracht werden. Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit deshalb ab.

Roman Brunner (SP) sagt, die SP-Fraktion unterstütze die Dringlichkeit. Es handelt sich vorliegend um ein Geschäft mit hohem Termindruck. Deshalb soll das Geschäft nicht erst in zwei Jahren im Rat beraten werden. Ausserdem könnte das Geschäft, wie von Regierungspräsident Reber angetönt, elegant in der Kommission abgehandelt werden. So würde sich der Verwaltungsaufwand auf ein Minimum beschränken – sollte die Motion am Nachmittag tatsächlich überwiesen werden.

Stephan Ackermann (Grüne) möchte angesichts des ausführlichen nächsten Geschäfts die Gunst der Stunde nutzen und deshalb eine Weile reden. Die Grüne/EVP-Fraktion ist geteilter Meinung. Persönlich ist der Redner gleicher Meinung wie Andreas Dürr. Ein solches Vorgehen darf auf keinen Fall Schule machen. Die PR-Aktion hat geklappt, aber im politischen Betrieb hat der Vorstoss nichts zu suchen. Die BPK wird am kommenden Donnerstag über das Anliegen befinden. Der Redner schlägt den Fraktionen vor, mit ihren jeweiligen BPK-Mitgliedern Rücksprache zu halten. So könnten solche Vorstösse in Zukunft verhindert werden.

Margareta Bringold (GLP) erklärt, dass die GLP-Fraktion die Dringlichkeit der Motion ablehne. Das Thema wird kommenden Donnerstag in der BPK behandelt. Damit kann das Anliegen rasch eingebracht werden.

://: Die Dringlichkeit wird mit 41:35 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.
